

strumentelle Sackgasse (Markt, Macht und Mythos), eine verfahrensmethodische Sackgasse (die klassischen Hauptfehler der Steuerung: Reparaturdienstverhalten, fehlender Überblick, einseitige Schwerpunktbildung, Nicht-Beachtung von Nebenwirkungen, Übersteuerung, diktatorisches Verhalten) und eine aufwandsseitige Sackgasse (der Koordinierung und Synchronisation). Das Koordinationsdilemma ist evident. Leitbilder könnten einen Ausweg aus diesem Dilemma eröffnen, weil sie denk-, verhaltens- und entscheidungskoordinierend wirken, weil sie möglicherweise auch in traditionellen Erklärungsmodellen der Technikentwicklung als Hintergrund-Variable gewirkt haben, und weil sie bewußt gestaltet und zielgerichtet verändert werden können.

Aus drei Gründen bietet Technikgenese-forschung über die traditionelle Techniksteuerung hinausgehend neue Chancen: Technikgenetische Forschung kann traditionelle Technikfolgenabschätzungen qualifizieren und präzisieren hinsichtlich des rechten Zeitpunkts und der Komplexität der Steuerung; sie kann Akzeptabilität und Akzeptanz von Technik im mehrdimensionalen Zusammenspiel sozialer Kräfte neu beleuchten und unter bestimm-

ten Bedingungen fördern; und sie bietet mit ihren vier Ansatzpunkten alternative Strategien der Techniksteuerung an, die sich von den Konstanten der traditionellen Steuerung unterscheiden – der Zentrumsfixiertheit, der externen Positionierung des Steuerungszentrums, der medialen Unterdimensionierung der Steuerungsmedien, der Fremdstrukturierung und der Partialorientierung.

Technikgenese-forschung und Leitbilder als Instrumente der Techniksteuerung sind – wenn man so will – „ganzheitliche“ Alternativentwürfe, die sich verständlicherweise mit dem Vorwurf der „weichen“ und „unscharfen“ Steuerung auseinandersetzen müssen, der aber durch neuere Forschung zu Steuerungsverfahren relativiert werden kann. Positiv kommt hinzu, daß Akzeptabilität und in der Folge Akzeptanz nur durch Rückbezug auf Werte und Ziele veränderbar sind – und ein systemisches Leitbild-Assessment dieses besser zuwegebringt als traditionelle TA-Verfahren.

*Forschungsschwerpunkt
Technik – Arbeit – Umwelt*

Meinolf Dierkes, Die Technisierung und ihre Folgen – Zur Biographie eines Forschungsfeldes, Berlin: edition sigma 1993, 318 S.

Europäische Öffentlichkeit

Nationale Interessen behindern Integration

Während der ökonomische und politische westeuropäische Integrationsprozeß weit fortgeschritten ist, hinkt die Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit dieser Entwicklung weit hinterher. Die Ursachen für diesen Befund werden auf der Grundlage von Experten-Interviews, die mit deutschen Brüsseler Korrespondenten geführt wurden, skizziert.

M. Rainer Lepsius hat die westeuropäische Integration mit der Herausbildung von Nationalstaaten verglichen, mit der Absicht, Probleme und Chancen eines supranationalen europäischen Gebildes aus den Erfahrungen mit einem wahlverwandten Strukturwandel genauer bestimmen zu können. Man kann in Analogie die Entstehung und Funktion nationaler Öffentlichkeit als Bezugsrahmen wählen, um Funktionen und Probleme einer europäischen politischen Öffentlichkeit herauszuarbeiten.

Politische Öffentlichkeit übernimmt in demokratischen Nationalstaaten eine intermediäre Funktion. Sie vermittelt zwischen der „civil society“, den Bürgern und ihren Interessengruppen auf der einen Seite und den politischen Entscheidungsträgern auf der anderen Seite. Die auf Zeit bestellte Regierung, ausgestattet mit dem Recht, kollektiv verbindliche Entscheidungen herzustellen (Kompetenzallokation), mit

dem Recht, sich vor allem durch Steuererhebung die materiellen Ressourcen zur Strukturierung der Gesellschaft zu sichern (Ressourcenallokation) und die Befolgung von Entscheidungen notfalls mit Gewalt durchzusetzen (Kontrollallokation), ist umgekehrt gebunden an den Willen der Bürger (Legitimationsallokation); dieser ist der Souverän, der vor allem im Wahlakt von seiner Souveränität Gebrauch macht, eine Regierung auf Zeit wählt und dadurch legitimiert.

Notwendige Voraussetzung für die Bindung der ausdifferenzierten politischen Entscheidungsträger an den Willen der Bürger ist die Existenz einer politischen Öffentlichkeit. Die Ausbildung von Wahlpräferenzen stützen die Bürger auf die Informationen, die sie durch die Beobachtung der Präsentation der Politik in der Öffentlichkeit erhalten, wie umgekehrt die politischen Entscheidungsträger die Öffentlichkeit beobachten, um die Wünsche und For-

derungen der Bürger zu erfahren. Dabei bedeutet Öffentlichkeit in modernen Gesellschaften in erster Linie massenmediale Öffentlichkeit, öffentliche Meinung vor allem veröffentlichte Meinung.

Die Bürger informieren sich über Politik und das Geschehen in der Gesellschaft in erster Linie über Presse, Rundfunk und Fernsehen, wobei dem Fernsehen die Funktion eines Leitmediums zukommt. Auch die politischen Entscheidungsträger erfahren von den Wünschen und Bedürfnissen der Bürger und der Interessengruppen in einem nicht unwesentlichen Ausmaß über die Massenmedien. Über die Medien vermittelt beobachten die Bürger und die politischen Entscheidungsträger sich wechselseitig und die Gesellschaft insgesamt und orientieren ihre Handlungen an diesen Beobachtungen. Diese intermediäre Funktion von Öffentlichkeit ist ihre zentrale Funktion in demokratischen Nationalstaaten. Sie dient zum einen der Vermittlung von Interessen, zum anderen der Konstitution einer Identität der Gesellschaft und sichert damit die Legitimation und Integration der Gesamtgesellschaft.

Die westeuropäische Integration läßt sich mit Hilfe der gleichen Begrifflichkeit als ein Prozeß der Bildung eines supranationalen Staates beschreiben, ohne daß die EG den Charakter eines vollständig autonomen Staates bereits hätte:

- Die zwölf Staaten der EG haben einen Teil der nationalen Souveränitätskompetenzen auf die EG übertragen, die Nationalstaaten und die Bürger sind den Beschlüssen unmittelbar unterworfen, Europarecht bricht nationales Recht (Kompetenzallokation).
- Die EG-Kommission überwacht die Implementierung der Beschlüsse; der Europäische Gerichtshof kann die Mitgliedstaaten bei Nichtbefolgung sanktionieren (Kontrollallokation).
- Wenn auch der Haushalt der EG im Vergleich zu den nationalen Haushalten noch recht gering ist (ca. drei Prozent), so finanziert sich die EG seit 1975 durch eigene Mittel und nicht mehr durch Beiträge der Mitgliedstaaten und gewinnt dadurch autonomen Gestaltungsraum (Ressourcenallokation).

Die Entwicklung der Öffentlichkeit hinkt diesem Prozeß des Transfers von Kompetenzen, Kontrollen und Ressourcen von den nationalstaatlichen Entscheidungszentren auf das supranationale Gebilde EG weit hinterher, und dies in zweierlei Hinsicht. Erstens ist der Fokus der Aufmerksamkeit der

massenmedialen Öffentlichkeit dominant nationalstaatlich konzentriert; die Medien berichten in erster Linie von den nationalen Arenen aus Bonn, London, Paris, Rom etc. und nicht von der supranationalen Arena aus Brüssel. Berichten sie aus Brüssel, dann geschieht dies zweitens aus der Perspektive des jeweiligen nationalstaatlichen Interesses ohne oder mit nur geringem Bezug auf ein gesamteuropäisches Interesse. Das vorherrschende Muster der Meinungsbildung ist weiterhin nationalstaatlich geprägt. Entsprechend gering ist die rezeptive Teilhabe und Beobachtung der europäischen Politik durch die Bürger und der Informationsstand der Bürger über die EG, entsprechend dominant sind nationalstaatliche Nutzenerwägungen im Vergleich zu einer europäischen Perspektive.

Diese Diskrepanz zwischen einer Machtverlagerung auf die EG einerseits und einer nationalstaatlichen Verharrung der Öffentlichkeit andererseits ist von allen Korrespondenten, die in Brüssel befragt wurden, diagnostiziert worden. Sie spiegelt sich zudem in dem geringen Wissensstand der Bürger Europas über die EG, der in den Eurobarometer-Befragungen, die in allen zwölf EG-Ländern durchgeführt werden, zum Ausdruck kommt. Das Öffentlichkeitsdefizit der EG ist dem viethematisierten Demokratiedefizit der EG vorgelagert, ja, eine seiner Ursachen. Erst wenn über Europa berichtet wird und wenn dies aus einer die nationalstaatliche Perspektive transzendierenden Sichtweise geschieht, könnte ein Europa der Bürger entstehen.

Eine Europäisierung der massenmedialen politischen Öffentlichkeit kann man sich in zweifacher Weise vorstellen: als Entstehung einer die nationalstaatlichen Öffentlichkeiten überlagernden eigenständigen europäischen Öffentlichkeit oder als Europäisierung der jeweiligen nationalen Öffentlichkeiten. Die folgenden Ausführungen konzentrieren sich in erster Linie auf die Diskussion der zweiten Option, ohne zu Beginn die Skizzierung der Probleme der ersten Möglichkeit – die Entstehung eines europäischen Mediensystems – völlig auszusparen.

Momente der Trägheit

Unter einer massenmedialen europäischen Öffentlichkeit soll ein einheitliches Mediensystem verstanden werden, dessen Inhalte in verschiedenen europäischen Ländern Verbreitung finden und von den Bürgern in den verschiedenen Ländern rezipiert werden. Schaut man sich die gegenwärtige Medienlandschaft in Europa an, dann lassen sich zwar Ansätze der Entstehung einer in diesem Sinne definierten euro-

päischen Öffentlichkeit feststellen; die Medien sind aber in erster Linie nationalstaatlich organisiert und finden auch innerhalb der nationalstaatlichen Grenzen ihr Publikum.

Zwar sind vor allem für das Fernsehen die Chancen für eine Transnationalisierung und Europäisierung in technischer Hinsicht durch die Möglichkeit der Übertragung per Satellit und in politischer Hinsicht durch die Deregulierung des Fernsehmarkts innerhalb Europas gestiegen, faktisch haben sich aber in nur begrenzten Bereichen transnationale Fernsehprogramme entwickeln können. Dies sind vor allem die Programmsparten, die fast ohne Sprache auskommen – MTV – oder mit wenig Sprache – Eurosports – oder Programme mit leichter Unterhaltung. Programme mit politischen Themen befinden sich nicht darunter.

Der geringe Erfolg der Etablierung eines transnationalen bzw. europäischen Fernsehens liegt vor allem auf der Nachfrageseite begründet. Fernsehen lebt von der Akzeptanz des Publikums und dies im besonderen Maße, wenn die Finanzierung des Fernsehens von den Einschaltquoten abhängig ist und es keinen monopolistischen Anbieter gibt. Ein einheitliches europäisches Fernsehprogramm setzt eine Homogenität der Präferenzen der Zuschauer voraus. Die Zuschauerschaft ist aber im Hinblick auf ihre Sehgewohnheiten, ihre kulturell geprägten Wünsche und vor allem im Hinblick auf ihre Sprachkompetenz zu heterogen, als daß ein homogenes Programm bei der Heterogenität der Nachfrage erfolgreich sein könnte.

Innerhalb der EG werden allein sieben Amtssprachen gesprochen. Programme in anderen Sprachen als der jeweiligen Muttersprache haben kaum eine Chance, angenommen zu werden; selbst Programme in der „lingua franca“ Englisch haben nur sehr begrenzten Erfolg. Ein synchron in mehreren Sprachen ausgestrahltes gemeinsames Programm ist aber zu teuer in der Herstellung. Insofern sind die Chancen der Entwicklung eines übergreifenden europäischen Fernsehens, das nicht nur von kleinen Eliten, sondern von der Masse der Bürger genutzt wird, als gering einzuschätzen.

Welche Trägheitsmomente lassen sich für eine Europäisierung der nationalen Öffentlichkeiten feststellen? Unter einer Europäisierung der nationalen Öffentlichkeiten soll zum einen die Thematisierung europäischer Themen in den jeweiligen nationalen Medien, zum zweiten die Bewertung dieser Themen unter einer europäischen, nicht nationalstaatlichen Perspektive verstanden werden. Korrespondenten der Medien

in Brüssel sind selbst als ausdifferenzierte europäische Vorposten bereits eine Antwort der nationalen Öffentlichkeiten auf die Bedeutungszunahme der EG. Sie nehmen eine Mittlerposition ein zwischen dem europäischen Geschehen, das sie beobachten und das an sie durch die Interessengruppen, den Ministerrat und die Kommission herangetragen wird, einerseits, und der nationalen Öffentlichkeit, für die sie schreiben, andererseits.

Ihre Selektivität der Vermittlung von Informationen wird bestimmt durch das, was sie an Input an Informationen aus Brüssel erhalten und wahrnehmen (1), ihre eigene strukturelle Einbettung und Rolle in Brüssel (2) und durch die Antizipation der Abnehmer (Redaktion und Publikum) in den Heimatöffentlichkeiten, für die sie letztlich schreiben (3). Daß zum einen der EG weit weniger Aufmerksamkeit in den nationalen Öffentlichkeiten zuteil wird, als ihr bei dem Grad der Kompetenz-, Kontroll- und auch Ressourcenallokation gebührt, und daß zum anderen das Muster der Interpretation der europäischen Ereignisse jeweils das nationalstaatliche Interesse ist, die Deutung der Ereignisse in den zwölf EG-Ländern also jeweils recht unterschiedlich aussieht, erklärt sich aus dem Zusammenspiel der drei Faktoren.

Der europäische politische Prozeß der Entscheidungsherstellung ist im Vergleich zu den nationalen Prozessen der Entscheidungsherstellung im stärkeren Maße ein durch Verwaltungshandeln geprägter Vorgang. Die Entwicklung, Implementierung und Kontrolle neuer Beschlüsse bedarf der Berücksichtigung von zwölf verschiedenen nationalen Ausgangsregelungen. Im Vergleich zur nationalen Gesetzgebung potenziert und verkompliziert sich der verwaltungsmäßige Regelungsbedarf um ein Vielfaches. Dinge, die im nationalen Kontext wie selbstverständlich gegeben sind, müssen hier explizit und genau definiert werden, so daß alle Beteiligten wissen, daß von demselben Sachverhalt die Rede ist. Ein Hauptschulabschluß oder ein Überrollbügel eines Traktors mag in Portugal etwas anderes sein als in Frankreich oder in den Niederlanden; will man eine gesetzliche Regelung dieser Produkte, bedarf es ihrer expliziten Definition.

Solche von der Sache her gebotenen verwaltungstechnischen Regelungen sind für die Medien langweilige Informationen. Sie lassen alle für den Transport durch die Medien wichtigen Nachrichtenfaktoren – Konflikt, Werte, Dramatik, Personalisierung – vermissen. Entsprechend fallen sie meist durch das Selektionsraster der Medienaufmerksamkeit. Das journalistische Gen-

re, das sich in der Bearbeitung von Verwaltungshandeln bewährt hat und deswegen auch immer wieder anzutreffen ist, ist die Glosse: Glossen über die Brüsseler Bürokratie und ihre Definition dessen, was ein Pfrsich ist und wie der Krümmungswinkel der Banane zu bestimmen ist. Dies sichert zwar die Aufmerksamkeit des Publikums, übermittelt aber ein Bild, das von der Sache her nicht gerechtfertigt ist und zur unberechtigten These der Eurokratie beiträgt.

Die EG-Kommission hat das Vorschlagsmonopol im Gesetzgebungsprozeß der Gemeinschaft. Die Ausarbeitung der Vorschläge geschieht unter Ausschluß der Öffentlichkeit, der Vorschlag selbst wird — dem Kollegialprinzip folgend — von der Kommission als ganzer vertreten. Sowohl die Nicht-Öffentlichkeit der Ausarbeitung dieser Vorschläge als auch das Kollegialprinzip der Kommission sind Faktoren, die eine öffentliche Vermittlung europäischer Politik blockieren. Die Nicht-Öffentlichkeit verhindert, Entscheidungsprozesse in ihrem Entstehungsverlauf zu diskutieren, das Kollegialprinzip blockiert öffentliche Kontroversen und Konflikte, da eine (öffentliche) Opposition nicht vorgesehen ist. Gleiches gilt für die Ministerratstagungen; sie sind nicht-öffentlich. Die nach den Ministerratstagungen erfolgende Präsentation der Beschlüsse erfolgt einvernehmlich, ohne daß Kontroversen und das Stimmverhalten öffentlich expliziert werden. Dies mag von der Sache her gut begründet sein, verhindert aber öffentliche Aufmerksamkeit.

Nationale Entscheidungsprozesse sind im Vergleich dazu medienwirksamer gestaltet. Schon in der Frühphase finden öffentliche Politisierungen von Gesetzesvorhaben statt und werden Pro- und Contra-Positionen formuliert. Die Öffentlichkeit von Entscheidungsprozessen und die Konflikthaftigkeit von Themen sind aber wichtige Bedingungen und Nachrichtenfaktoren, die die Medien motivieren, Informationen zu transportieren.

Die Kommissare werden von den Regierungen einvernehmlich ernannt, sie werden nicht gewählt. Martin Bange mann etwa benötigt vor allem die Rückendeckung des deutschen Kabinetts und die des Kanzlers, nicht aber die einer Wählerschaft. Damit entfällt aber für die Kommissare die Notwendigkeit, sich via Öffentlichkeit um die Zustimmung der Bürger bemühen zu müssen, da die eigene Zukunft und politische Position unabhängig von der Zustimmung der Bürger ist. Die Folge der strukturell angelegten Öffentlichkeitsabstinenz der Kommissare wiederum ist, daß das Handeln der Kommission im geringen Grade personalisiertes Handeln darstellt.

Eine Personalisierung von Sachfragen und inhaltlichen Positionen ist aber eine wichtige Bedingung für Medienresonanz. Die Unabhängigkeit der Kommissare von der Zustimmung der Bürger und damit von der Öffentlichkeit bedeutet für die Bürger, daß ihre Aufmerksamkeitsmotivation und ihr Interesse für das Handeln der Kommission gering ist. Die Meinungen, die sie sich bilden, bleiben folgenlos; sie verfügen über kein Sanktionspotential, was sich wiederum negativ auf ihre Motivation, das Geschehen in Brüssel zu beobachten, auswirken wird.

Hinzu kommen Faktoren, die mit der spezifischen Position der Brüsseler Korrespondenten zusammenhängen. Sie sind Auslandskorrespondenten; ihr Status und ihre Ressourcenausstattung und ihr Zugang zur Heimatredaktion ergibt sich aus dieser Position und in Konkurrenz zu anderen Auslandskorrespondenten. Real wird aber in Brüssel mit der Delegation von Kompetenzen von den Nationen auf die EG (europäische) Innenpolitik betrieben. Gemessen daran sind die Zeitungen und Fernsehanstalten personalmäßig schlecht ausgestattet. Zudem ergibt sich aus dem Status als Auslandskorrespondent etwa für die ARD eine Restriktion im Zugang zur nationalen Öffentlichkeit: In den „Tagesthemen“ sind die ausländischen Beiträge auf maximal zwei Beiträge pro Sendung begrenzt. Das Studio Brüssel konkurriert damit mit Washington, Moskau und Berichten aus Bosnien, was die Vermittlungschance europäischer Themen in die nationale Öffentlichkeit begrenzt.

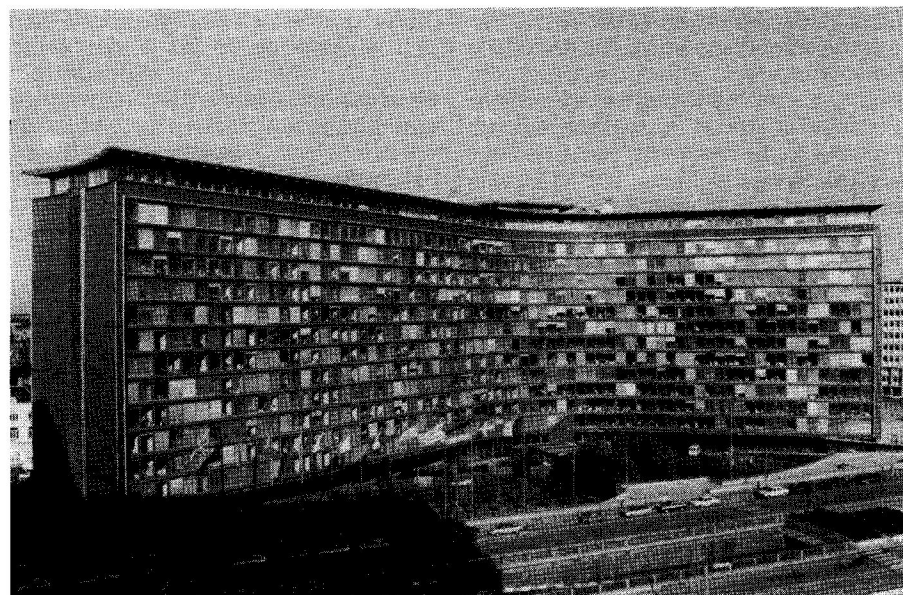
Dominanz nationaler Interessen

Warum wird in den nationalen Öffentlichkeiten, wenn über Europa berichtet

wird, in erster Linie aus einer nationalen Interessenperspektive berichtet? Beginnt man wieder mit dem Input an Informationen, der die Korrespondenten in Brüssel erreicht, so ist dieser bereits nationalstaatlich organisiert — und dies aus strukturellen Gründen. Am Beispiel der Öffentlichkeitsinszenierung einer Ministerratssitzung, die gewöhnlich die höchste Medienaufmerksamkeit genießt, kann man dies verdeutlichen. Vor einem Ministerratstreffen veranstalten die ständigen Vertretungen der Länder in Brüssel jede für sich und zeitgleich ein „briefing“ der Journalisten. Entsprechend verteilen sich die Korrespondenten der Länder auf die Sitzungen ihrer nationalen Vertretung. In diesen „briefings“ berichtet der Fachbeamte über die Problemlage, über die im Ministerrat entschieden werden soll, und was die jeweilige Vertretung erreichen will.

Nach einem Ministerratstreffen findet eine Pressekonferenz des Vorsitzenden des Ministerrats statt. Bei dieser Gelegenheit sind die Journalisten aller Länder anwesend. Danach finden gleichzeitig die Pressekonferenzen der Minister der einzelnen Länder statt, die Korrespondenten verteilen sich wieder auf die Pressekonferenzen ihrer Minister. Durch diese national versäulte Struktur der Informationsgebung werden nationale Perspektiven unmittelbar in ihre je spezifische nationale Öffentlichkeit übertragen, ohne daß transnationale Perspektiven vermittelt werden.

Für den jeweiligen Minister ist diese Organisationsform der Öffentlichkeitsarbeit eine rationale Organisationsform. Er selbst ist nicht europaweit von einem europäischen Wahlvolk gewählt, sondern von den Bürgern in seinem Land. Entsprechend muß er sich allein



Europa: (noch) keine gemeinsame Öffentlichkeit

Foto: Horst Wagner

vor diesen rechtfertigen und für sich und seine Politik via Öffentlichkeit bei den Bürgern seines Landes und nicht bei den Bürgern Europas werben. Die Art, wie er dies macht, erklärt sich wiederum aus der Tatsache, daß allein die nationale Öffentlichkeit über ein Sanktionspotential durch Wahlen verfügt. Je nach Ausgang eines Ministerratsbeschlusses gibt es eine unterschiedliche Verursacherattribution. Erfolge deuten die Minister immer als Erfolge ihrer Person für ihr Land; werden Beschlüsse gefaßt, die nationale Interessen negativ tangieren, dann werden diese als Niederlagen, an denen abstrakt „Brüssel“ schuld ist, interpretiert. Brüssel und die Kommission werden damit zum Sündenbock; Erfolge werden als nationale Erfolge gefeiert.

Eine nationalstaatliche Perspektive der Meinungsbildung wird weiterhin begünstigt durch die spezifische Art der Vergemeinschaftung der Brüsseler Korrespondenten. Diese ist nach Nationen, zumindest nach Sprachräumen gegliedert. Es gibt weder ein europäisches, noch ein linkes oder rechtes, wohl aber ein deutsches, französisches, britisches etc. Korrespondentenkorps; die transnationalen Kontakte zwischen ihnen hingegen sind gering. In Brüssel stehen sich taz- und FAZ-Korrespondenten näher als konservative deutsche und britische Journalisten.

Ideologische oder andere Formen der Vergemeinschaftung würden die nationale Organisationsform („Versäulung“) horizontal zerschneiden und im Sinne der Simmelschen These der Kreuzung der sozialen Kreise die strukturelle Basis für eine andere als eine national gefärbte Perspektive auf Europa begünstigen. Die nationale Vergemeinschaftung der Korrespondenten fördert die nationale Perspektive auf das europäische Geschehen und blockiert eine europäische Perspektive. Die nationale Versäulung der Informationsgebungen, damit zusammenhängend die allein auf die nationale Öffentlichkeit begrenzte Sanktionsmöglichkeit der europäischen Entscheidungsträger und schließlich die nationale Versäulung des Informationstransports durch die Korrespondenten scheinen die drei wichtigsten Faktoren zu sein, die eine nationale Perspektive auf Europa begünstigen.

Die westeuropäische Integration läßt sich als supranationale Staatsbildung beschreiben. Entscheidungskompetenzen, Ressourcen und Kontrollmöglichkeiten sind von den nationalstaatlichen Souveränen auf die EG übertragen worden. Die über Öffentlichkeit vermittelte Rückbindung dieses Prozesses der Machtverlagerung an die Bürger hat in einem geringen Maße

stattgefunden. Das EG-Thema ist kein sehr bedeutsames Thema der Massenmedien; wenn in den einzelnen Ländern berichtet wird, dann meist aus einer nationalstaatlichen Interessenperspektive. Die Ausführungen sollten gezeigt haben, daß die Entwicklung eines europäischen Mediensystems ein zu ambitioniertes Anliegen ist. Dieses würde eine relativ homogene Zuschauerschaft in bezug auf Sprache, Kultur, Rezeptionsgewohnheiten und Interessen voraussetzen, Bedingungen also, die nicht gegeben sind. Die zweite Option, eine Europäisierung der nationalen Öffentlichkeiten, ist insofern wahrscheinlicher, weist aber andere, wenn zum Teil auch veränderbarere Trägheitsmomente auf.

Aus einem Vergleich der Bedeutung von Öffentlichkeit in nationalstaatlichen Kontexten und im Kontext Europa weiß man, daß Öffentlichkeit für Entscheidungsträger wichtig wird, wenn Öffentlichkeit über eine Sanktionsmacht verfügt. Ist dies der Fall, dann werden die Entscheidungsträger in der Öffentlichkeit um die Bürger werben müssen. Für die Bürger gilt der reziproke Sachverhalt. Sie interessieren sich mehr für die über Öffentlichkeit vermittelte Politik, wenn sie in Form von Wahlen auch Einfluß nehmen können. Die strukturell gesicherte Indifferenz der Entscheidungspositionen der Kommission gegenüber der Öffentlichkeit und die Bindung des Ministerrats allein an die jeweiligen nationalen Öffentlichkeiten sind institutionelle Bedingun-

gen dafür, daß über Europa wenig und wenn, dann aus einer nationalstaatlichen Perspektive berichtet wird. Will man eine Europäisierung der nationalen Öffentlichkeiten, dann bedarf es institutioneller Reformen in der Hinsicht, daß die Entscheidungsträger unmittelbarer an die Öffentlichkeit und das heißt an die Bürger gekoppelt werden.

Insofern scheint es symptomatisch zu sein, daß die EG in dem Moment zu einem kontrovers diskutierten Thema wurde, als eine solche Verquickung von Bürgerwille und Entscheidungen stattfand: in den Volksabstimmungen über die Maastrichter Verträge in Dänemark und Frankreich. Politiker sind dann gezwungen, für ihre Optionen zu werben; es bilden sich Positionen und Gegenpositionen, die Eigendynamik öffentlicher Meinungsbildung wird in Gang gesetzt. Ob man allerdings überhaupt eine Europäisierung der nationalen Öffentlichkeiten will, ist eine normative Frage. Das knappe „Nein“ in Dänemark und das ebenso knappe „Ja“ in Frankreich zeigen, daß der Ausgang öffentlicher Diskussionen ungewiß ist, Öffentlichkeit also nicht immer zu „guten“ Resultaten führt, wie manche Öffentlichkeitstheoretiker und Politiker verheißeln.

Forschungsschwerpunkt
Sozialer Wandel

Jürgen Gerhards, „Westeuropäische Integration und die Schwierigkeiten der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit“, demnächst in: Zeitschrift für Soziologie, 1993

„Gesunder“ Lebensstil?

U. S. A.: Soziale Ungleichheit vor Krankheit und Tod

„Gesunde Lebensführung schützt vor Krankheit!“ Nirgendwo wird diese einfache und scheinbar so plausible Weisheit stärker propagiert als in den U. S. A. Tatsächlich ist in den letzten Jahrzehnten etwa die Sterblichkeit durch Herzkrankheiten in den Vereinigten Staaten rückläufig gewesen. Also Musterland Amerika? Keineswegs: Die unteren sozialen Schichten haben an den durchschnittlichen Verbesserungen keinen Anteil. Die allein am Lebensstil orientierte Präventionspolitik trägt sogar dazu bei, daß die gesundheitsbedingten Lebenschancen in der amerikanischen Gesellschaft noch ungleicher verteilt werden als dies bislang der Fall war.

Über das oberste Ziel der Gesundheitspolitik besteht in den westlichen Industrieländern weitgehende Einigkeit: Die gesunde Lebensspanne der Bürger soll so weit wie möglich verlängert und die sozial ungleichen Gesundheitschancen angeglichen werden. Nur: Wie ist dieses Ziel am besten zu erreichen? Die in den Vereinigten Staaten vorherrschend praktizierte – und stark nach Europa ausstrahlende – Prävention und Gesundheitsförderung konzentriert sich vor allem auf die Beeinflussung dessen, was als „Lebensstil“ bezeichnet wird.

Nach diesem Konzept liegen die hauptverantwortlichen Ursachen für die verlorenen potentiellen Lebensjahre durch die wichtigsten Krankheitsgruppen wie koronare Herzerkrankungen, Krebs und Diabetes mellitus in individuellem Fehlverhalten: zu viel Tabak und Alkoholgenuß, Bewegungsarmut, falsche und übermäßige Ernährung, „eigenverschuldeter“ Stress. Die starke Betonung dieser „Risikofaktoren“ führt fast zwangsläufig dazu, daß die sozialen und ökologischen Lebensbedingungen der Gesellschaft – Bereiche wie Arbeit, Einkommen, Wohnen, Ver-